

STATSBYGG

Questions from the Norwegian Directorate of Public Construction and Property regarding experience with planning and operation of government buildings, both clusters of buildings and solitaire buildings.

1. Overall structure, spatial, geographic and planning issues

- a. Please mark the location of the different government building (buildings housing the different Government Ministries), plus the parliament building on a map in an appropriate scale especially highlighting the relationship to public infrastructure and arterials.
- b. Are any of these buildings located over traffic tunnels / culverts?
- c. Are any of the buildings adjacent to open public spaces / squares / parks?
- d. What is the total area reserved for government buildings?

2. Qualitative issues associated with the buildings

- a. What is the total number of government buildings, and how many work places do they contain?
- b. How many buildings are new and how many are old?
- c. Did any major renovations take place the last years?
- d. Has there been and major projects with the objective make the use of floor space more efficient, i.e. reduce the number of square meters per work place?
- e. Has there been any major projects aimed at introducing new ways / modes of working?
- f. Do you plan to move or centralize government buildings and, in case yes, why?

3. Communication and collaboration /co-working

- a. If the government buildings are at a distance from each other; how is communication and collaboration ensured? And how is the physical communication between the different buildings and the parliament taking place?

4. Openness vs. security

- a. What kind of security concerns are relevant for assessing the security of government buildings in a cluster and government buildings as separate and solitaire edifices?
- b. How is the public granted access to the government buildings / clusters?
- c. Are parts of the area surrounding the buildings closed for the public? How are these parts closed for the public?
- d. Which parts are kept open for the public?
- e. At a general level, what are the main security measures in place for securing the government buildings?

5. Planning authority

- a. What is / has been the local / city planning authorities' role in the planning of government buildings and how has the local authority impacted on the final geographic positioning of the building(s)?
- b. What is the interface between the local and the central authorities when it comes to planning and construction of government buildings?



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn
Knut Felberg
Planning Director
Statsbygg
Directorat of Public Constuction and Proper-
ty
Biskop Gunnerus`gate 6
P.O. Box 8106 Dep.
0032 Oslo
Norwegen

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1371

FAX +49 (0)30 18 681-5 1371

BEARBEITET VON RD`in Dr. Slowik

E-MAIL ÖSII1@bmi.bund.de

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM Berlin, 24. November 2011

AZ ÖS II 1 - 625 234-10 NOR/1

BEZUG Ihre Bitte um Beantwortung eines Fragebogens über Regierungsbauten

ANLAGE - 2 -

Sehr geehrter Herr Felberg,

Sie hatten mich um Beantwortung des Fragebogens über Erfahrungen mit der Planung und dem Betrieb von Regierungsgebäuden sowohl als Einzelgebäuden als auch als Gebäudekomplexen gebeten.

Ich habe hierzu das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung um Mitwirkung gebeten. Mir wurde mitgeteilt, dass Ihre Fragenkomplexe 1. und 2. durch beiliegende Veröffentlichungen, insbesondere hinsichtlich der Standorte, Größe sowie Kosten beantwortet werden.

Folgend die Antworten zu den Fragekomplexen 3. bis 5.:

3. Kommunikation und Zusammenarbeit der Ministerien

- a.) Wenn die Regierungsgebäude weit entfernt voneinander stehen, wie wird die notwendige Kommunikation und Zusammenarbeit sichergestellt? Wie findet dann die persönliche Kommunikation statt?



Die Kommunikation wird im Wesentlichen über Telefon, PC, Fax und ggf. per Mobiltelefon gewährleistet. Besprechungen werden ggf. über sogenannte Telefon- oder Videokonferenzschaltungen durchgeführt.

4. Sicherheitsbedürfnis im Spannungsfeld zur Offenheit

- a.) Welche Aspekte sind bei der Bewertung der Sicherheit von Regierungsgebäuden zu beachten? Unterscheiden Sie bitte Gebäudekomplexe und einzelne Gebäude?

Zu allen Bundesministerien werden durch die Sicherheitsbehörden des jeweils zuständigen Bundeslandes, mit dem Schwerpunkt Berlin, Gefährdungslagebilder erarbeitet. In diese Lagebilder fließen ggf. vorliegende Hinweise zu allen Kriminalitätsphänomenbereichen, bis hin zum Terrorismus ein.

Für die Gefährdungsbewertung von Liegenschaften der Bundesministerien sind darüber hinaus die konkrete Lage (Örtlichkeit, im Umfeld liegende Einwirkungsmöglichkeiten, unmittelbare Nachbarschaft u.ä.m.) sowie bereits vorhandene materiell-technische Sicherungen maßgeblich.

- b.) Wie ist Zutritt der Öffentlichkeit zu den Regierungsgebäuden geregelt? Gibt es dabei Unterschiede zwischen einzelnen Gebäuden und Gebäudekomplexen?

Der Umfang der durchzuführenden Maßnahmen des Zutritts ist abhängig von der Gefährdungslage, die für das jeweilige Bundesministerium und seine Liegenschaften besteht.

Der Zugang zu den Bundesministerien ist insoweit nur über einen Einlasskontrolldienst möglich. Das bedeutet, dass ein Zutritt nur nach Anmeldung und Identitätskontrolle zulässig ist. Darüber hinaus werden in der Regel (ausgenommen Mitarbeiter anderer Behörden und Dienstausschweiser) externe Besucher in den Liegenschaften durchgängig begleitet und beaufsichtigt.

Für besonders gefährdete Liegenschaften von Bundesbehörden werden bei Erfordernis externe Besucher einer Kontrolle durch Torsonden sowie des mitgeführten Gepäcks mittels Röntgenkontrollgeräten unterzogen. Einfahrende Fahr-



zeuge werden bei Erfordernis durchsucht und der Unterboden ebenso kontrolliert.

- c.) Sind Teile des Außenbereichs der Gebäude für die Öffentlichkeit gesperrt? Durch welche Sicherungsmaßnahmen werden diese Gebiete abgetrennt bzw. abgesperrt?

Soweit möglich, sind die Liegenschaften umfriedet und mit Sensoren ausgestatteten Kameras überwacht. Aufgrund der städtischen Lage befinden sich oftmals die Gebäudegrenzen im unmittelbaren öffentlichen Bereich. Daher sind Türen, Fenster und ggf. vorhandene Fenstertüren im Erdgeschoss grundsätzlich einbruchhemmend, Fenster im ersten Obergeschoss durchwurfhemmend in der höchsten Widerstandsklasse und darüber liegende Fenster - bis zur möglichen Wurfhöhe - ebenfalls durchwurfhemmend in einer geringeren Widerstandsklasse.

Türen und Fenster im Erdgeschoss sowie im ersten Obergeschoss werden in Einbruchmeldeanlagen integriert und auf Öffnung, Verschluss und Durchbruch überwacht.

- b.) Welche Bereiche werden für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

Es sind nur die Bereiche für die Öffentlichkeit zugänglich, die außerhalb des Sicherungsbereiches von Liegenschaften der Bundesbehörden befinden. So wurde z.B. für das Bundesministerium des Innern ein Besucherzentrum eingerichtet. Von diesem Besucherzentrum ist kein Zutritt in den gesicherten Bereich des Bundesministeriums möglich.

Sollten Veranstaltungen für die Öffentlichkeit in den gesicherten Bundesbehörden stattfinden, gelten die oben dargestellten Festlegungen für den Zutritt.

- d.) Ganz allgemein gesprochen, welches sind die wichtigsten Sicherungsmaßnahmen für Regierungsgebäude?

Zu jedem Regierungsgebäude wurden durch Spezialisten des Bundeskriminalamtes Sicherheitskonzeptionen erarbeitet. Diese umfassen insbesondere den Perimeter- und Gebäudeschutz an der Außenhaut, Zutrittskontrollmaßnahmen,



SEITE 4 VON 5

die Absicherung mit Überfall- und Einbruchmeldeanlagen, den Umgang mit eingehenden Waren- und Postlieferungen sowie den besonderen Schutz der Dienst- und Aufenthaltsräume von gefährdeten Personen.

5. Planungsbehörden (Bauämter)

- a.) Welche Rolle spielen oder spielten die örtlichen Bauämter bei der Planung der Regierungsgebäude und wie haben diese Ämter den genauen Standort der Gebäude beeinflusst?

Die „Planungshoheit der Gemeinde“ – zum Beispiel des Landes Berlin – wurde durch den Bund respektiert. Bei der Bauleitplanung und der Gestaltung des öffentlichen Raumes im Umfeld von Bundesbehörden haben der Bund (vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) und der Nutzer der jeweiligen Liegenschaft und zum Beispiel das Land Berlin eng zusammengearbeitet.

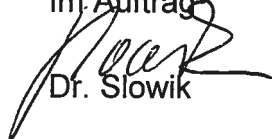
- b.) Wie arbeiten die örtlichen Bauämter mit den Bundesbehörden bei der Planung und beim Bau von Regierungsgebäuden zusammen?

Für die Unterbringung von Bundesnutzungen werden regelmäßig Altbaubestände sowie Grundstücksflächen genutzt, die sich im Besitz des Bundes befinden. Für die Planung und Durchführung der Baumaßnahmen für die Bundesrepublik Deutschland ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung zuständig.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen beantwortet werden konnten. Für Rückfragen steht Ihnen für den Fragenkomplex 4. Herr Reinhard Kurka, Tel.: +49 18 681-1383 gerne zur Verfügung. Bei Fragen zu den Komplexen 1., 2., 3. und 5. können Sie sich unmittelbar an Frau Bärbel Schwirtz, Tel.: +4930 18 300-7241 wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Dr. Slowik



Director May Balkøy
Norwegian Directorate of Public Construction and Property

15 November 2011

Dear Mr Balkøy,

UK Approach to the Physical Security of the Government Estate

Thank you for your note of 1 November 2011 requesting information about the UK approach to the protection of government buildings, following discussions between your Minister, Ms Rigmor Aasrud, and Mr Damian Green MP, Minister of State for Immigration on 20 October. I hope that this note helps to answer your questions. We would be very happy to host a follow on visit of appropriate security specialists to discuss our approach if that would be helpful.

Background:

The UK Government's overall counter-terrorist strategy (CONTEST) places strong emphasis upon protective security across all sectors of the national infrastructure. One of these sectors is Government. Common to all sectors is an intelligence led, threat based approach to security that takes full account of the potential impact of risks being realised. This is based on regular threat assessments from a Joint Terrorism Analysis Centre (JTAC), drawing upon inputs from across the security and intelligence and policing community (including international partners). Terrorist scenarios also feature in an annual National Risk Assessment (NRA) that is used to determine priorities and planning assumptions. These include potential attacks on government. More information about the UK approach to Counter-Terrorism issues is available on the Home Office website at: <http://www.homeoffice.gov.uk/counter-terrorism>.

The UK's Centre for the Protection of National Infrastructure (CPNI) provides expert protective security advice across the UK. They have developed a partner approach with national infrastructure sectors, supported through a network of Counter-Terrorist Security Advisers within UK police forces.

Within government, the Cabinet Office co-ordinates protective security policy, advice and guidance, drawing on expert advice from the CPNI and the police among others. Protective security standards and approaches are described in the HMG Security Policy Framework (SPF), published on the Cabinet Office public website at: <http://www.cabinetoffice.gov.uk/resource-library/security-policy-framework>. This framework is supported by classified technical standards



and supporting guidance that we would be happy to share with you through secure embassy channels. Government Departments are responsible for ensuring that appropriate security controls are in place to protect their buildings, applying the standards set out in the SPF on a proportionate risk management basis.

With respect to your specific questions:

1. Overall structure, spatial, geographic and planning issues

The UK government estate is comprised of several thousand buildings located across the country, with the headquarters of many key Government Ministries based in central London (around the Westminster area) or in the devolved capitals (Edinburgh, Cardiff and Belfast). Unfortunately it is not possible to provide a map of all of these establishments or to estimate the total area. Many of these sites are adjacent to public spaces and / or major traffic thoroughfares; many provide services directly to the public and contain open areas; a number of Ministries are located in historic buildings that pre-date modern construction methods. Given these considerations, there is limited scope to pre-plan the operation and protection of existing public buildings in the manner implied by your note, though security issues must be addressed at the outset of any work to design new establishments or to modify existing buildings.

In general terms, each Department is required to appoint a senior Departmental Security Officers (DSO), responsible for ensuring that appropriate security controls are in place, proportionate to the threat. They must assess each of the buildings within their estate according to the likelihood that they might be a target for terrorist attack, or else in the immediate vicinity of a potential terrorist target. They then apply SPF approaches to identify potential vulnerabilities and to select an appropriate range of mitigating physical security controls and procedural measures on the basis of the defense-in-depth (or onion-skin) principle. Personnel security controls are also important and in some cases departments may decide to require staff with unescorted access to their buildings to undergo enhanced vetting to identify possible criminal or terrorist connections. In some cases CPNI and the police Counter-Terrorist Security Advisers will provide bespoke advice for high threat buildings.

2. Qualitative issues associated with the buildings

Overall our priority has been to develop appropriate physical security controls across the national infrastructure sectors, however some high risk sites and locations have been the



subject of bespoke projects and security initiatives. This includes the centre of government where a security zone has been established around the Whitehall area of central London with a range of physical and tactical controls.

The UK is currently undertaking a series of major projects to modernize the way that government does business, including improved ways of working through more effective use of technology and greater efficiency through sharing of resources and capabilities. This includes work to reduce the overall number of buildings in the government estate through more efficient use of floor space, collocating Departments into single office spaces and devolving some functions out of central London to regional offices. These major projects are grouped together as the Government Efficiency Agenda, sponsored by the Minister for the Cabinet Office, Francis Maude. Further information is available on the Cabinet Office website at:

<http://www.cabinetoffice.gov.uk/government-efficiency>.

3. *Communication and collaboration /co-working*

All government departments are currently linked through a Government Secure Intranet (GSI), facilitating appropriately secure and available communications within a protected environment; in addition certain high resilience networks have been created to fulfill specific purposes in times of crisis. Going forward, the Government ICT Strategy sets out the UK's medium-term plans for the sharing of services, information and estate, greater consistency, shared procurement and use of a common set of technologies across government; to be facilitated through common infrastructure approaches such as the Public Services Network, the Government Cloud and rationalizing the number of data centers used by government. This will include the creation of a security regime to address the open, sharing environment and including strong authentication, protections against cyber attack, protective monitoring of all activities and a 'resilient core' ensuring high availability for prioritized key users and key services. The Government ICT Strategy is available from the Cabinet Office website at:

<http://www.cabinetoffice.gov.uk/resource-library/uk-government-ict-strategy-resources>.

4. *Openness vs. security*

The delivery of public services requires many government buildings to include areas that are open to the public, ranging from city centre employment offices to the Parliament buildings in London, Cardiff, Edinburgh and Belfast. Through risk and vulnerability assessments, Departmental Security Officers must strike a proportionate balance between security



considerations and the needs of the business. The range of physical and procedural security measures that are applied will vary depending on the location, function and layout of a particular building, and the perceived level of threat.

In general, departments will seek to control and monitor access to their facilities through a combination of manned guarding, identity passes and other mechanical or technical means. In some cases it may be appropriate to create bespoke visitor reception, baggage and mail screening facilities. In high risk locations (e.g. Parliament) screening facilities for mail and deliveries may also be provided off site and it may be appropriate to further mitigate the impact of any attack through alterations to the physical environment, including through the use of blast resistant street furniture, widened pavements, improved street lighting, and the incorporation of bollards, walls and balustrades. Such measures would be determined on a site by site basis with input from expert security advisers in CPNI and the police.

5. *Planning authority*

Local authorities and City Councils have a key role in planning decisions, though precise rules and regulations vary across the country. It is important to engage with the relevant authorities early in the process of planning and designing any security enhancements or new facilities. The DSO of the sponsoring department would normally lead this work, with advice and guidance from physical security advisers in the CPNI and the Police. The Cabinet Office may become involved where multiple departments' interests are involved.

I hope you will find this note helpful and would be very happy to host further discussions between appropriate security specialists if this would be helpful. You may also wish to know that CPNI has established channels for the sharing of general technical information on protective security measures with colleagues the Norwegian Defence Estates Agency (NDEA).

Yours sincerely,

Michael Shryane

Head of Policy

Government Security Secretariat, Cabinet Office

Tel: 0044 207 276 5644 - email: Michael.shryane@cabinet-office.x.gsi.gov.uk